

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/77

Bonn, den 23. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Berlin als Kongreßstadt

103

Von Otto Bach

Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

4

Willy Brandt in Frankreich

21

Ein guter deutscher Botschafter

4

Schwerer Verlust für Israel

26

Zum Tod des Staatspräsidenten Jizhak Ben Zwi

5 - 6

Kirche und Wahlen in Italien

75

Die Enzyklika des Papstes spielt eine große Rolle
Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Chefredakteur Günter Markscheffel

Berlin als Kongreßstadt

Von Otto Bach

Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Die alte Reichshauptstadt Berlin war eine "natürliche" Kongreßstadt. Als Sitz der Reichs- und preußischen Ministerien, zahlloser Dienststellen und Behörden, als Sitz der Großbanken und nationaler und internationaler Versicherungsgesellschaften, Organisationen und Verbände, als Schnittpunkt europäischer Kraftlinien, als europäisches Luftkreuz und Zentrum von Verkehrswegen zog sie wie ein Magnet die Menschen an. Diese günstigen Vorbedingungen gingen nach dem Zusammenbruch zunächst verloren. Eine Zahl spiegelt das wider: Im Jahre 1951 erreichte die Zahl der Tagungen und Kongresse in Berlin die bescheidene Höhe von 76.

520 Tagungen im Jahre 1962

Die weitere Entwicklung ist so aufschlußreich, daß noch einige Zahlen angefügt seien:

- * Bereits 1952 verdoppelte sich fast die Zahl der Tagungen auf 140; 1954 waren es 176; 1956 wurde erstmals die Zahl von 300 überschritten; 1959 wurden mehr als 500 Kongresse durchgeführt und 1962 wurde - trotz der Mauer - oder vielleicht gerade wegen ihr - der bisherige Höchststand von 520 Tagungen aller Art erreicht.

Diese ununterbrochene Aufwärtsentwicklung, die nur 1958 gegenüber 1957 einen geringfügigen und nur zufälligen Rückgang aufwies, kann man als politisches Barometer betrachten, wie ja überhaupt jeder Aspekt des Berliner wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens einen politischen Akzent besitzt. In den genannten Zahlen spiegelt sich die wachsende Erkenntnis in Westdeutschland ebenso wie in der freien Welt wider, daß Tagungen an der Nahtstelle zwischen Ost und West eine Stärkung des Vorpostens der Freiheit sind und Begegnungs- und Informationsmöglichkeiten besonderer Art bieten.

Bis zur Errichtung der Mauer gaben wissenschaftliche und sonstige fachliche Tagungen willkommene Gelegenheit, die Verbindungen mit Fachleuten aus der Zone fester zu knüpfen. Durch die Mauer ist diese unmittelbare Teilnahme von Menschen aus der Zone an solcher Kongressen fast unmöglich geworden. Aber dem Westdeutschen und dem Ausländer gibt der Besuch Berlins immer noch eine Möglichkeit des Wiedersehens mit Verwandten und Freunden jenseits der Stacheldrahtverhaue, wie gerade die hinter uns liegenden Osterfeiertage gezeigt haben.

68.000 Plätze in Tagungsräumen

In einer Stadt, auf deren Straßen ein Sechstel aller Trümmermassen Deutschlands lagen, mußten allerdings in einer fleißigen Wiederaufbauarbeit erst allmählich wieder die Voraussetzungen geschaffen werden, um auch große internationale Tagungen aufnehmen zu können.

- * Heute besitzt Berlin wieder 18 Kongreßräume mit jeweils
- * 1.000 bis 15.000 Plätzen. Insgesamt verfügt die Stadt
- * über Tagungsräume, die die Bewohner einer beachtlichen
- * Mittelstadt von 68.000 Einwohnern gleichzeitig aufnehmen
- * könnten.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang besonders die am 26. April 1957 von der Benjamin-Franklin-Stiftung als Beitrag der USA zur Interbau 1957 errichtete Kongreßhalle. Dieses charakteristische Beispiel moderner Architektur ist mit allen technischen Raffinessen ausgestattet und bietet allein in seinem Auditorium 1.250 Plätze mit einer Simultan-Dolmetscheranlage für fünf Sprachen.

Halb-Millionen-Grenze der Besucher überschritten

Aber Tagungsräume allein genügten natürlich nicht, um Berlins Ruf als Kongreßstadt wiederzuerobern. Auch das Beherbergungsgewerbe mußte suchstäblich aus Trümmern wiederaufgebaut werden. 1956 war das soweit gelungen, daß bereits 326.000 Besucher - darunter 65.000 Ausländer - untergebracht werden konnten. Auch diese Fremdenverkehrsziffer wuchs stetig: 1957 waren 381.000 Fremde in Berlin; 1959 wurde die Zahl von 400.000 überschritten und 1960 näherten wir uns mit 477.000 Fremden bereits der Halb-Millionen-Grenze. Das erste Halbjahr 1961 brachte weitere Steigerungen, bis die Errichtung der Mauer erstmals die stetige Entwicklung unterbrach. Mit 466.000 Besuchern wurde das Ergebnis des Vorjahres nicht ganz erreicht. Besonders erfreulich ist es, daß dieser Rückgang nur wenige Monate anhielt und daß 1962 mit 513.000 auswärtigen Besuchern einen bisherigen Rekord brachte.

- * Unter diesen Gästen Berlins befanden sich nicht weniger
- * als 137.000 Ausländer. Die Zahl der Übernachtungen über-
- * schritt 1962 1,5 Millionen. Dazu kommen jährlich rund
- * 150.000 junge Menschen, Schulklassen, Studenten und Ju-
- * gendgruppen nach Berlin.

Hoffnungsvoller Ausblick auf 1963

Auch die Aussichten für 1963 sind recht günstig. Erwähnen möchte ich als wahllos herausgegriffene Beispiele den Kongreß "Wasser - Berlin - 1963" vom 22. Mai bis 3. Juni, verbunden mit einer Ausstellung, die Tagung

23. April 1963

der Internationalen Public-Relations-Vereinigung, den XII. Deutschen Kongreß für Ärztliche Fortbildung, den Konsumgenossenschaftstag, die Jahrestagung der Hölderlin-Gesellschaft, den Deutschen Volks- und Betriebswirtetag, die Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, den 64. Philatelistentag und viele andere.

Von sonstigen Ereignissen des Jahres 1963 seien neben den "Berliner Begegnungen", die gegenwärtig stattfinden und einen Querschnitt durch die zeitgenössische Kunst bieten, den Festwochen und Internationalen Filmfestspielen die Große Deutsche Funkausstellung Berlin 1963 vom 30. August bis 9. September, die Deutsche Industrieausstellung vom 12. bis 27. Oktober und die 58. Deutsche Seifenmesse erwähnt. Auch für das Jahr 1963 kann daher eine günstige Prognose zum Thema "Berlin als Kongreßstadt" gestellt werden.

Stadt der Anschauung

Diese Feststellung kann man ganz unbefangen treffen, weil der Gedanke eines Wettbewerbs mit anderen Städten und der Gedanke der Werbung ganz von selbst in den Hintergrund treten. Gewiß haben derartige Ausstellungen und Tagungen auch eine wirtschaftliche Bedeutung.

- * In Vordergrund steht aber die politische Aufgabe, möglichst vielen Menschen aus der freien Welt und insbesondere auch aus neutralen und neutralistischen Staaten neben der fachlichen Information und dem Überstaatlichen
- * Erfahrungsaustausch ein unmittelbares Bild von der deutschen Situation zu geben.

Trotz der Mauer erlebt jeder Besucher in Berlin ganz unmittelbar und ganz eindringlich die Realität des Kommunismus; er kann völlig objektiv die östliche Propaganda mit der östlichen Wirklichkeit vergleichen. Er sieht mit eigenen Augen, daß der "antifaschistische Schutzwall" gegen die eigene Bevölkerung gerichtet ist und eine Gefängnismauer darstellt. Er bekommt einen Eindruck vom militaristischen "Friedenslager" und steht nachdenklich an der Glienicker Brücke, die der Osten "Brücke der Einheit" taufte und mit Stacheldrahtverhau absperrte.

Das freie Berlin ist nicht mehr die Stadt west-östlicher menschlicher Begegnung, sie ist stattdessen zur Stadt des west-östlichen Anschauungsunterrichts geworden. Daher ist auch die weitere Entwicklung Berlins zur deutschen, europäischen und internationalen Kongreßstadt keine "Fremdenverkehrs-aufgabe", sondern eine politische Verpflichtung im Zeichen des Kampfes für Freiheit und Selbstbestimmung.

Willy Brandt in FrankreichEin guter deutscher Botschafter

sp - Der Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, in Paris und die Überraschung von Staatspräsident de Gaulle gewünschte Unterredung in der französischen Provinz hat in politischen Kreisen der französischen Hauptstadt größere Aufmerksamkeit hervorgerufen, als ursprünglich angenommen werden konnte. War man zunächst der Meinung, Willy Brandt käme "nur" als Regierender Bürgermeister von Berlin, so scheint man jetzt nach der jüngsten innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik in ihm auch einen der entscheidenden zukünftigen Gesprächspartner für Fragen der allgemeinen deutschen Politik zu sehen. Aber noch eine andere Überlegung dürfte eine Rolle spielen. Willy Brandt ist nicht nur von seinem jetzigen Amt her für viele Franzosen die Personifizierung des Widerstandes gegen jede Art von Totalitarismus, sondern genießt auch als aktiver Hitler-Gegner in Frankreich einen Ruf, der bei unseren Verbündeten dem Ansehen des ganzen deutschen Volkes zugute kommt. Gewiß, Willy Brandt wird bei seinen politischen Gesprächen hauptsächlich das Schicksal Berlins und die damit in Zusammenhang stehenden deutschen und internationalen Probleme darstellen. Aber dennoch wird man in Frankreich die Auffassung eines Mannes mit Interesse zur Kenntnis nehmen, dessen politische Bedeutung längst über den Rahmen von Berlin hinausreicht. Willy Brandt ist aus allen diesen Gründen ein guter deutscher Botschafter.

+ + +

Schwerer Verlust für IsraelZum Tod des Staatspräsidenten Jizhak Ben Zvi

sp - Im Lebensweg des verstorbenen israelischen Staatspräsidenten Ben Zvi spiegelt sich jüdisches Schicksal in seiner Tragik und seiner Größe. Als junger Mann erlebte er damals 21-jährige 1905 in Poltawa (Ukraine), seinem Geburtsort, die Schrecken der zaristischen Prognome. Weil er und seine Angehörigen sich nicht widerstandslos hinschlachten lassen wollten und die Selbstverteidigung organisierten, wurde er als Strafe dafür nach Sibirien verbannt. Die Flucht führte ihn über Deutschland und die Schweiz nach Palästina, wo er gemeinsam mit dem derzeitigen Ministerpräsidenten die erste sozialistische Wochenzeitung Palästinas gründete. Seit dieser Zeit verband ihn eine enge, alle Wechselfälle der Zeit überstehende Freundschaft mit Gurion. Zusammen mit Weizmann, dem unvergesslichen ersten Staatspräsidenten Israels, legten die beiden Männer die Grundsteine zum Bau eines Staates, der heute wohl zu den geführtesten in der Welt gehört. Über die Nachfolge Weizmanns gab es keinen Streit. Ben Zvi stand seit 1952 an der Spitze des Staates. Sein Wirken ist aus der jungen und stürmischen Geschichte Israels nicht wegzudenken. Seine Bescheidenheit, sein großes Wissen und seine vielen wissenschaftlichen Arbeiten trugen ihm Bewunderung ein. In den Zwischenstaatjahren zählte Ben Zvi zu den gern gesehenen Delegierten auf den Tagungen der zweiten Internationale. Seine tief verankerte sozialistische Überzeugung hielt auch dem Fürchterlichen stand, das im Namen unseres Volkes der europäischen Jüdenheit zugefügt wurde; er gehörte zu den Gegnern der Kollektivschuld und versäumte es auch nicht, deutsche Besucher aus der Bundesrepublik zu empfangen. Sein Tod trifft Israel in einer Zeit steigender Bedrängnis. Doch das Beispiel, das Ben Zvi durch sein Leben und Wirken gab, wird seinem Volk und seinem Nachfolger eine Quelle der Stärkung sein.

+ + +

Kirche und Wahlen in Italien

Die Enzyklika des Papstes spielt eine große Rolle
Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Am 28. April wird das italienische Parlament neu gewählt. Der bisher erstaunlich lau geführte Wahlkampf ist jetzt leidenschaftlicher geworden. Die große Frage; ob die Wähler einer Fortsetzung des Experiments des "linken Zentrums" zustimmen werden, bleibt nach wie vor offen. Dies umso mehr, als die christlich-demokratische Mehrheitspartei in diesem Wahlkampf oft zwei Sprachen spricht und zwei Tendenzen vertritt. Dem rechten Flügel erscheint die Zusammenarbeit mit den Nenni-Sozialisten nicht angebracht, weil diese sich angeblich noch nicht von den Kommunisten gelöst haben, während der linke Flügel der Democrazia Cristiana - mit Fanfani an der Spitze - die Zusammenarbeit mit den Nenni-Sozialisten nach wie vor empfiehlt. Befürchtungen, wie wohl der Bürger, der bis dahin stets christlich-demokratisch gestimmt hat, heute sich verhalten werde, sind nicht ganz unberechtigt. Die Bischöfe sind der DC zu Hilfe gekommen und haben die Katholiken aufgefordert, der Partei des politischen Katholizismus ihr Vertrauen zu schenken.

* * *

Papst Johannes XXIII. hat jedoch der italienischen Politik eine neue Note gegeben. An den Mauern Roms sind bunte Plakatstreifen zu sehen, auf denen "Viva il Papa della pace" (Es lebe der Papst des Friedens) zu lesen ist. Es ist amüsant genug, daß man sich allen Ernstes fragen kann, w e r wohl diese Plakate aus wahltaktischen Gründen herausgegeben hat; die Kommunisten, oder die Anhänger des linken Flügels der Democrazia Cristiana?

Mit seiner Enzyklika "Friede auf Erden" hat Johannes XXIII. in unmißverständlicher Weise erklärt, daß "Streitfragen unter den Völkern nicht durch Waffen, sondern durch Verhandlungen gelöst werden sollen". Dies hat u.a. die große Frage, welche mehr oder weniger offen die Wahlen charakterisiert, neu aufgeworfen: nämlich die Frage der Beziehungen zwischen dem politischen Katholizismus und dem Kommunismus.

* * *

Es wird hier oft um ein Problem gestritten, das in Grunde nicht existiert: um die Vereinbarkeit von Katholizismus und Kommunismus. Solange der Kommunismus an eine Weltanschauung gebunden bleibt, die das Überirdische verneint, ist es klar, daß diese Auffassung mit jeder Religion unvereinbar ist. Es geht also nicht um die Frage der Vereinbarkeit von Katholizismus und Kommunismus, sondern vielmehr um die Wahl zwischen der Isolierung oder der Verhandlungsmöglichkeit mit dem Kommunismus.

Das Bestreben nach einem "notwendigen, gemeinsamen Gespräch mit den katholischen Massen", das die italienischen Kommunisten seit Jahren erzielen möchten und die Erklärung von Papst Johannes XXIII., "Streitfragen unter den Völkern dürfen nicht dadurch gelöst werden, daß man zu den Waffen Zuflucht nimmt", sondern "durch Verhandlungen", haben weite konservative Kreise tief beunruhigt. Sie fürchten, daß diese Haltung des Papstes einen großen Teil der italienischen Wählerschaft davon abhalten könne, gegen den Kommunismus zu stimmen. Zum

Zum ersten Mal nach Beendigung des Krieges hat sich das Oberhaupt der katholischen Kirche geweigert, für den Westen gegen den Osten Stellung zu nehmen. Diese Haltung Johannes XXIII. steht im Gegensatz zu derjenigen Pius XII., der zur Verdammung von Kommunisten und Sozialisten schneller bereit war.

* * *

Die Enzyklika ist an "alle Menschen, die guten Willens sind" gerichtet; nicht mehr nur an die Hierarchie und die Gläubigen, sondern auch "an die von uns getrennten Brüder und Schwestern" des Christentums, an die Gegner, ja an die Feinde. Johannes XXIII. selber hatte in einer vor der Veröffentlichung der Enzyklika abgegebenen Erklärung die Aufmerksamkeit auf diese völlige Neuheit gelenkt.

Absurd wäre es nun, an einen ideologischen Waffenstillstand zwischen der katholischen Kirche und dem Kommunismus zu glauben. Wahr ist vielmehr, daß sich die Kampfebene verschoben hat. Es geht heute eher darum, wer von den beiden großen Weltkräften die heutigen Probleme besser zu lösen imstande ist. Vom Kalten Krieg, vom Kreuzzugsgeist, scheint man heute auch im Bereich der Kirche zur "kompetitiven Koexistenz" übergehen zu wollen, wie es die Krenl-Propaganda nennen würde.

In führenden politischen Kreisen des Landes glaubt man, daß das Aufgeben des Widerstandes gegen eine Regierung des linken Zentrums von seiten der Kirche (oder vielmehr eines Teiles der Kirche) auf der Überzeugung beruhe, daß der "Marsch nach links" einer auf die Dauer unaufhaltbaren "historischen Bewegung" entspreche, und man deshalb besser tue, neue Stellungen zu beziehen, eine neue Haltung einzunehmen und neue Methoden anzuwenden, im Kampf gegen den starken Gegner d.h. gegen den Kommunismus.

* * *

Die neue Stimmung in kirchlichen wie politischen Kreisen in Rom wird jedoch das Wahlergebnis kaum wesentlich beeinflussen können. Es geht um die Nuancierungen, welche kaum in so kurzer Zeit große Massenverschiebungen unter den Wählern hervorzurufen imstande sind. In Italien geht die Trennung zwischen antikommunistischer, demokratischer und kommunistischer Wählerschaft zu tief, auch hat sich diese Trennung in den letzten Jahren allzusehr konsolidiert, als daß der simple Tatbestand, daß der Vatikan - in der Person des Papstes - im politischen Wahlkampf nicht mehr in vorderster Reihe steht - zu einem entscheidenden Umschwung führen könnte.

Tiefe Besorgnis über dieses neu entstandene Klima herrscht aber in den Rechtsparteien des Landes. Ihr betonter, anti-marxistischer Katholizismus hört sich oft wie eine schlecht verborgene Polemik gegen Johannes XXIII. an. Der Wahlkampf wird politisch "mit mehr Schatierungen" geführt als in den vergangenen Jahren, als es oft nur darum ging, pro oder contra die Anweisungen der Kirche zu stimmen. Man denke an 1948, als der berühmte Slogan "Gott sieht dich, aber Stalin nicht" (gemeint war damit die geheime Stimmabgabe im Wahllokal), wirklich einen großen Teil der Wählersmassen, besonders die weiblichen, zu beeinflussen vermochte. Heute wäre diese Sprache nicht mehr am Platze; in diesem Sinne darf gesagt werden, daß die italienische Demokratie un- zweifelhaft an Stärke gewonnen hat.

+ + +